



DIW-Symposium: Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung	1
Fortsetzung oder Lockerung der Restriktionspolitik der Bundesbank?	5
Verbrauchskonjunktur wird labiler	10

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/80

Berlin

11. Januar 1980

47. Jahrgang

DIW-Symposium: Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse

Am 13. und 14. Dezember 1979 veranstaltete das DIW ein Symposium über Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Eine kritische Darstellung der theoretischen Grundlagen der Vollbeschäftigungspolitik durch Prof. Dr. K. W. *Rothschild*, Universität Linz, stand am Beginn des Symposiums. Der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Prof. Dr. O. *Sievert*, Universität Saarbrücken, trug dann die vom Sachverständigenrat vertretene Position einer vornehmlich angebotsorientierten Vollbeschäftigungsstrategie vor. Prof. Dr. W. *Kirner* stellte anschließend den in den Wochenberichten Nr. 15/1978 und Nr. 13/1979¹ veröffentlichten Vorschlag des DIW für ein mittelfristiges, vornehmlich nachfrageorientiertes Wachstumsprogramm zur Diskussion. Weitere Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung befaßten sich mit Spezialproblemen einer aktiven Beschäftigungspolitik: Prof. Dr. B. *Lutz*, Universität München, mit Fragen der Arbeitsmarktsegmentation, Prof. Dr. R. *Thoss*, Universität Münster, mit regionalpolitischen Aspekten, Prof. Dr. E. *Spiegel*, Deutsches Institut für Urbanistik Berlin, mit neuen Nachfragebereichen der Städte und Dr. Schröder, Prognos-Institut Basel, mit Fragen der Technologiepolitik. Nachdem sich Dr. D. *Mertens*, IAB Nürnberg, mit der Frage nach der Strategiefähigkeit von Vollbeschäftigungskonzepten auseinandergesetzt hatte, wurden die sich aus einer aktiven Vollbeschäftigungspolitik ergebenden wirtschaftspolitischen Probleme für den geldpolitischen Bereich von

Prof. Dr. C. *Köhler*, Deutsche Bundesbank, für den finanzpolitischen Bereich von Minister Dr. C. *Zöpel*, Nordrhein-Westfalen, behandelt. Die Referate sowie eine Zusammenfassung der Diskussion werden in den Vierteljahrsheften des DIW veröffentlicht.

Rothschild wies zunächst darauf hin, daß die starre Konfrontation einseitiger keynesianischer und neoklassisch-monetaristischer Positionen höchst unfruchtbar sei und die wissenschaftliche Bewältigung drängender Probleme behindere. Beide Positionen böten Patentrezepte, die keine angemessene Antwort auf die Problemstellungen der Gegenwart darstellen. Naiven keynesianischen Strategien, die allein auf die Ausweitung der effektiven Nachfrage gerichtet seien, müsse heute, anders als zu Beginn der 30er Jahre, in denen konjunkturell bedingte Massenarbeitslosigkeit herrschte, der Erfolg versagt bleiben, weil Unterbeschäftigung nicht mehr eindimensional auf eine Ursache – nämlich Nachfragemangel – zurückgeführt werden könne. Die neoklassisch-monetaristische Theorie richte ihre Kritik zwar auch auf diesen Punkt, sie ver falle aber selbst einer

¹ Vgl. Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb. vom Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 15/78, S. 147 ff; ferner Finanzstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb. vom Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 13/79, S. 139 ff.

unangemessenen Einseitigkeit, indem sie eine kostenbedingte Arbeitslosigkeit in den Vordergrund stelle. Zudem lasse sie mit der These der in der Marktwirtschaft herrschenden Tendenz zum Vollbeschäftigungs-Gleichgewicht wichtige Erkenntnisse der keynesianischen Theorie wieder fallen, die gerade die Störanfälligkeit marktwirtschaftlicher Prozesse hervorhoben. Die neoklassisch-monetaristische Theorie immunisiere sich damit aber gegen Zweifel an der Wirksamkeit der von ihr vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Strategien. Sie ver falle immer mehr in moralisierende Schelte von Institutionen und liefere keine Analyse wirtschaftlicher Verläufe. *Rothschild* plädierte deshalb für eine Wirtschaftstheorie, die insofern keynesianisch bleibt, als sie die Gefahr der Instabilität wirtschaftlicher Abläufe im Auge behält, dabei aber nicht in einseitiger Betrachtung verharret, sondern sich für die Analyse heute wichtiger Problemfelder öffnet. Hierzu gehören genauso Rigiditäten auf der Angebotsseite wie Konflikte bei der Einkommensverteilung und -verwendung.

Nach diesen Ausführungen *Rothschilds*, die für die Beurteilung der verschiedenen theoretischen Standorte der Gegenwart sehr aufschlußreich waren, trug *Sievert* die Position des Sachverständigenrats in ihren Kernpunkten vor. Er hob die zentrale Rolle autonomer Investitionen hervor, die diese nach Auffassung des Sachverständigenrats für einen Prozeß der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung spielen müssen. Neoklassischer Denktradition folgend sieht er dabei in einer grundlegenden Korrektur der Verteilungsrelation zugunsten der Unternehmen das entscheidende Investitionsstimulans. Diese Veränderung sei nur herbeizuführen, wenn von den Arbeitnehmern Lohnzurückhaltung geübt werde. Zugleich müsse sich der Staat in seiner Ausgabentätigkeit zurückhalten, um Platz für steigende Investitionen der privaten Unternehmen zu schaffen. Er dürfe nicht in einen Verdrängungswettbewerb zum privaten Bereich treten. Der Sachverständigenrat sieht nicht die Gefahr von Absatzschwierigkeiten, wenn nach einer Steigerung der Investitionen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, der erhöhte Kapazitätsspielraum für ein Produktionswachstum ausgeschöpft werde. Er unterstellt langfristig vielmehr die Gültigkeit des *Sayschen* Theorems, nach dem sich in makro-ökonomischer Sicht das Angebot auch die entsprechende Nachfrage schafft. Diese Unterstellung enthebt ihn der Mühe, sich mit Hilfe eines längerfristigen Ablaufmodells Vorstellungen darüber zu verschaffen, ob die autonome Investitionstätigkeit, die unter den von ihm genannten Bedingungen zu erwarten ist, ausreicht, um Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Bewirkt die von ihm vorgeschlagene Strategie, daß die Investitionsentwicklung auch nur tendenziell in die gewünschte Richtung gelenkt wird, so sieht er sich schon in seiner Auffassung

bestätigt. Eine längerfristige Prognose über das zu erwartende Ausmaß der Investitionssteigerung hält er dagegen für wissenschaftlich nicht vertretbar, weil die Zukunft voller Unsicherheiten und Unwägbarkeiten sei.

In der Diskussion der wissenschaftlichen Position des Sachverständigenrats wurde demgegenüber mehrfach darauf hingewiesen, daß nur mit Hilfe eines längerfristigen Ablaufmodells überhaupt zu erkennen ist, ob mit einer bestimmten Strategie die erstrebten Ziele zu erreichen sind. Zweifel wurden geäußert, daß ein solches Modell, wenn es von realistischen Verhaltensweisen ausginge, die erhofften Wirkungen der vom Sachverständigenrat bevorzugten Strategie zeigen würde. Es sei fraglich, ob es zu einem stärkeren Aufschwung der privaten Investitionen bei Zurückhaltung der privaten und öffentlichen Haushalte überhaupt kommen könne.

Die Ergebnisse des im DIW weiterentwickelten und dem Symposium von *Kirner* vorgestellten Bonner Modells verstärken jedenfalls diese Zweifel. Das Modell zeigt, daß dann, wenn der Staat seine mittelfristige Finanzplanung ernst nehmen und seine Ausgabenzuwächse entsprechend beschneiden würde, keinesfalls damit zu rechnen ist, daß autonome Investitionen der Unternehmen diese Nachfragerücke füllen. Vielmehr würde die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren kräftig zunehmen, ein Ergebnis, das sich im übrigen der Tendenz nach mit den Ergebnissen anderer mittelfristiger Prognosen deckt. Ihr Abbau wäre dagegen möglich, wenn der Staat eine auf Nachfrageverfestigung gerichtete wirtschaftspolitische Aktivität entfaltet, bei der er Wachstumsschrittmacherfunktionen übernimmt.

Das vom DIW vorgeschlagene Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung sieht daher vor, daß der Staat die Zunahme seiner Ausgaben auf mittlere Frist so dimensioniert, daß diese Nachfragerücke geschlossen wird. Die Entwicklungspfade, die sich dabei für die staatliche Nachfrage ergeben, liegen durchaus im Spektrum des Machbaren: Für den öffentlichen Verbrauch ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Ausgaben von 7,5 vH (statt 6,5 vH); für die Investitionsausgaben des Staates würde die Wachstumsrate statt 1,5 vH – was gleichbedeutend wäre mit real deutlich rückläufigen Investitionen – 7 vH im Jahresdurchschnitt betragen.

Die vorgeschlagene Strategie unterscheidet sich damit von einer antizyklischen Politik keynesianischer Prägung, bei der der Staat nur ersatzweise während einer konjunkturellen Flaute zusätzliche Nachfrage entfaltet, also durch kurzfristige Ausgabenprogramme für konjunkturelle Anstöße sorgt und seine Aktivität wieder einschränkt, wenn ein Konjunkturaufschwung im privaten Sektor ausgelöst worden ist.

Nicht nur verlangte das Ziel der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung eine langfristig angelegte, auf Wachstumsverfestigung gerichtete Finanzpolitik; auch ist der Bedarf an öffentlichen Gütern in den vom DIW in diesem Zusammenhang genannten Aufgabebereichen

- Wiedergewinnung und Verbesserung der Umweltqualität,
- Ausbau der Lebensqualität unserer Städte,
- Durchsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen und
- Integration und bessere Versorgung von benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft

groß genug, um eine stetige Ausweitung öffentlicher Ausgaben zu rechtfertigen.

Das DIW-Modell zeigt, daß eine solche Finanzpolitik den Staat auch keineswegs dazu zwingt, ein hohes Staatsdefizit auf Dauer in Kauf zu nehmen. Vielmehr würde die konsequente Verfolgung der vorgeschlagenen Strategie auf längere Sicht zu einem stärkeren Abbau der Neuverschuldung führen, als er sonst zu erreichen wäre.

Die Diskussion des Programms richtete sich vor allem auf die Frage, inwieweit das für die Vergangenheit festgestellte Verhalten auch für die Zukunft gilt. Geringfügige Änderungen bestimmter Verhaltensweisen könnten bei der hohen Sensitivität ökonomischer Modelle zu völlig anderen Ergebnissen führen. Da es, wie der Sachverständigenrat verdeutlicht habe, vor allem darauf ankomme, durch die Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge auf Verhaltensänderungen hinzuwirken, um das Vollbeschäftigungsziel erreichbar zu machen, ließen Modelle, die an Verhaltensweisen der Vergangenheit festhalten, entscheidende Probleme außer acht. So sehr auch solche prinzipiellen Einwände naheliegen, so können sie doch nicht daran vorbeigehen, daß Ablaufmodelle zur Beurteilung wirtschaftspolitischer Strategien notwendig sind. Solchen Modellen ist im ersten Schritt plausibles und nicht wünschenswertes Verhalten zugrunde zu legen. In der Vergangenheit feststellbare Verhaltensweisen sind aber plausibler als willkürlich unterstellte. An das aus den Erfahrungen der Vergangenheit gewonnene Wissen muß auch der Sachverständigenrat bei seinen Zukunftsaussagen anknüpfen. Das DIW-Modell geht zudem nur in seiner Status-quo-Prognose von konstantem Verhalten aus, seine Programmvariante fordert dagegen insbesondere vom Staat eine veränderte Verhaltensweise.

Zeigte auch die Diskussion, daß das Erfordernis, Langfristmodelle zu entwickeln, weitgehend anerkannt wird, so sind doch die von niemandem bestrit-

tenen Unsicherheiten längerfristiger Prognosen ein großes Hindernis auf dem Wege zu einer Wirtschaftspolitik, die längerfristig ausgerichtet ist und die sich auf solche Prognosen stützen muß. Das Zögern der wirtschaftspolitischen Instanzen, auf diesem Weg voranzuschreiten – es wird durch den Sachverständigenrat eher noch gestützt –, wurde dann auch von *Mertens* beklagt. *Mertens* zog sogar in Zweifel, ob heute überhaupt Konsens über das Ziel einer Beseitigung der noch bestehenden Beschäftigungslosigkeit vorliegt. Er schlug vor, daß sich die Wirtschaftsforschungsinstitute bei Langfristprognose und Strukturberichterstattung genauso eng zusammenschließen sollten, wie sie es im Bereich der Konjunkturdiagnose schon lange getan haben. Nur so könne das öffentliche Bewußtsein mit der Dringlichkeit einer längerfristig ausgerichteten Politik vertraut gemacht werden.

Auf die genannten Referate zu Spezialproblemen, die eine Fülle von Einsichten vermittelten, kann hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden. *Lutz* befaßte sich mit dem Problem, inwieweit das Phänomen der Arbeitsmarktsegmentation einer Globalstrategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung entgegensteht. *Thoss* diskutierte die Möglichkeiten, im Rahmen der Regionalpolitik das Ziel der Vollbeschäftigung zu verfolgen. *Erika Spiegel* berichtete über Wachstumfelder im Bereich der kommunalen Investitionstätigkeiten. *Schröder* rückte die entscheidende Rolle der Technologieentwicklung ins Licht. Er betonte, daß es auch für die entwickelten Volkswirtschaften keine andere Wahl gäbe, als den ressourcensparenden technischen Fortschritt voranzutreiben. Gerade die Arbeitsplatzsicherung erfordere dies. Eine Strategie, die durch Verlangsamung des technischen Fortschritts die Nachfrage nach Arbeitskräften zu stärken suche, wie es neoklassische Vorstellungen über die Substitution von Kapital durch Arbeit nahelegen, wäre langfristig, angesichts der internationalen Konkurrenz, zum Scheitern verurteilt. Die Ausführungen *Schröders* stützten damit auch die Annahme, die im DIW-Modell über eine Fortdauer des raschen Produktivitätsfortschritts getroffen wurde und die vielfach als überzogen kritisiert worden ist.

Besonderes Interesse weckte die Thematik des Referats von *Köhler*, da nicht zuletzt das geldpolitische Vorgehen der Bundesbank zum Erfolg oder Mißerfolg eines Langfristprogramms beitragen kann, wie es das DIW vorgeschlagen hat. *Köhler* sprach sich gegen eine „Prioritätenstrategie“ aus, nach der die Wirtschaftspolitik sich stets auf dasjenige wirtschaftspolitische Ziel konzentrieren sollte, das am meisten verfehlt wurde; denn auf Fehlentwicklungen werde immer zu spät und zu heftig reagiert. Abzulehnen sei aber auch eine „monetaristische Schönwetterpolitik“, die sich nach einer starren Geldmen-

genregel richte. *Köhler* plädierte demgegenüber für eine – auf die Übereinstimmung von Gesamtnachfrage und -angebot gerichtete – „potentialorientierte Verstetigungsstrategie“. Diese Strategie orientiere sich bei der Bemessung der Geldversorgung zwar am mittelfristig zu erwartenden Wachstumspotential, sie bewahre sich aber ein gewisses Maß an Flexibilität: Sie stelle Abweichungen vom Gleichgewichtspfad (z. B. einen „unvermeidlichen“ Preisanstieg oder eine Unterauslastung des Potentials) ebenso in Rechnung wie rein finanzielle Faktoren, die zu einer Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes führen. Außerdem betonte Köhler, daß der Erfolg einer solchen geldpolitischen Strategie nur dann gewährleistet sei, wenn diese Strategie im Rahmen eines Gesamtkonzeptes von allen am Wirtschaftsprozeß beteiligten Instanzen und Gruppen getragen werde. Auch *Köhlers* Thesen blieben nicht unwidersprochen. So wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß die im Referat dargestellten Grenzen zwischen der potentialorientierten Strategie und der Prioritätenstrategie fließend seien. Außerdem sei bisher nicht dargetan worden, auf welches Potential abgestellt werden solle. So ließen die geldpolitischen Konsequenzen, die *Köhler* aus diesem Konzept zog, nicht erkennen, wie durch sie eine Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erreichen sei, zumal die demographische Entwicklung bis Ende der achtziger Jahre die Beschäftigung einer stark wachsenden Zahl von Erwerbspersonen verlangt. *Köhler* verteidigte das von der Bundesbank für 1980 gegebene Geldmengenziel mit dem Argument, die Bundesbank müsse bei der Kalkulation des potentialgerechten Geldmengenziels zur Kenntnis nehmen, daß wegen der schwachen Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren das tatsächliche Wachstumspotential vorerst niedriger sei als das zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung erforderliche Potential. Dem wurde entgegengehalten, daß ein solches Wirtschaftswachstum jedoch eher wieder zu einem erneuten Anstieg der Erwerbslosigkeit führe.

Wie dringend die Entwicklung von Langfristmodellen ist, machten dann noch einmal die Ausführungen von *Zöpel* deutlich. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die immer wieder zu beobachtenden Inkonsi-

stenzen politischen Handelns. Ein Zukunftsmodell hat deshalb die Funktion, nicht nur zu zeigen, was unter bestimmten Voraussetzungen aller Wahrscheinlichkeit nach eintreten wird, sondern auch darauf hinzuweisen, welche Ziele miteinander konsistent und damit gleichzeitig zu erreichen sind. Es stellt sich dann aber auch die Frage nach Alternativmodellen. Da die Zukunft offen ist, sind in ihr unterschiedliche Zielbündel zu realisieren. *Zöpel* diskutierte in seinem Beitrag konkrete Möglichkeiten, beschäftigungsorientierte öffentliche Investitionen durchzuführen. Dabei wurden sowohl die Möglichkeiten bedarfsgerechter Investitionen wie auch ihre Finanzierbarkeit angesprochen. Besonderes Gewicht maß er der Frage bei, wie durch eine Kooperation von Finanz- und Geldpolitik die Finanzierung öffentlicher Investitionen erleichtert werden könnte.

Der Präsident des DIW, Prof. Dr. H.-J. *Krupp*, zog in seinem Schlußwort Bilanz:

Die Feststellung von *Mertens*, daß alle Institutionen, die sich mit ökonomischen Verhältnissen der achtziger Jahre quantitativ auseinandergesetzt haben, zu denselben Ergebnissen wie das DIW gekommen seien, sei unwidersprochen geblieben. Insofern könne das DIW als Ergebnis des Symposiums festhalten, daß seine Voraussage beträchtlicher ökonomischer Schwierigkeiten, insbesondere auf dem Beschäftigungssektor, nicht mehr ernsthaft bezweifelt werde. Von Institutionen, die die DIW-Positionen kritisierten, ohne eigene quantitative Vorstellungen für diesen Zeitraum vorzulegen, müsse gefordert werden, daß sie alternative Rechnungen präsentieren, deren Implikationen empirisch überprüfbar seien. Nur so sei eine wissenschaftliche Diskussion möglich.

Andererseits habe sich gezeigt, daß die Übereinstimmungen in der Diagnose keineswegs eine Übereinstimmung in den Therapievor schlägen bedeute. Hier gebe es nach wie vor weit auseinanderliegende Meinungen. Umso wichtiger seien dann aber Diskussionen, wie sie auf diesem Symposium stattgefunden haben.

Fortsetzung oder Lockerung der Restriktionspolitik der Bundesbank?

Seit Anfang 1979 verfolgt die Deutsche Bundesbank einen restriktiven Kurs. Die Bankenliquidität sank im Verlauf des ersten Halbjahres auf den extrem niedrigen Stand von 3 bis 4 Mrd. DM, nachdem sie im Sommer und Herbst 1978 bei 9 bis 10 Mrd. DM gelegen und gegen Jahresende sogar fast 14 Mrd. DM betragen hatte. Zur Unterstützung dieser Politik setzte die Notenbank ihre Leitzinsen (Diskont- und Lombardsatz) in mehreren Schritten, zuletzt am 1. November, herauf, und zwar von 3 bzw. 3,5 % auf 6 bzw. 7 %.

Angesichts der kräftigen monetären Expansion im Jahre 1978 bestreitet kaum jemand, daß eine Einschränkung der Geldversorgung stabilitätspolitisch notwendig war. Doch über Tempo, Ausmaß und Dauer der erforderlichen geldpolitischen Restriktion sind die Meinungen geteilt.

Die Befürworter der seit einem Jahr betriebenen Geldpolitik führen u. a. ins Feld, daß die Bundesbank das stabilitäts- und wachstumsgerechte monetäre Ziel erreicht habe, das sie sich im Dezember 1978 gesteckt hatte: „Danach soll die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1978 bis zum vierten Quartal 1979 innerhalb einer Bandbreite von 6 bis 9 % gehalten werden. . . . In welcher Weise die untere oder obere Grenze der Bandbreite von der Geldpolitik angesteuert wird, hängt insbesondere von der weiteren konjunkturellen und außenwirtschaftlichen Entwicklung ab“¹. Diesen Kriterien zufolge mußte die Zentralbankgeldmenge in den unteren Bereich des Zielkorridors gelenkt werden; denn die Konjunktur gewann an Dynamik, der Preisauftrieb beschleunigte sich, und von der Wechselkursentwicklung gingen bis weit ins Jahr 1979 hinein keine preisdämpfenden Einflüsse aus. Das unter diesen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen von der Bundesbank anvisierte Ziel deckte sich weitgehend mit dem, was im Herbst 1978 auch der Sachverständigenrat² und die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Forschungsinstitute für angemessen gehalten hatten³. Tatsächlich entwickelte sich die Zentralbankgeldmenge nahezu „programmgemäß“. Nachdem sie sich bis Mai 1979 etwas über dem Zielkorridor bewegt hatte, schwenkte sie danach in die untere Hälfte dieses Korridors ein. Im letzten Quartal 1979 dürfte sie um reichlich 6 vH über dem Vorjahrsniveau gelegen haben.

Auch für 1980 hat die Bundesbank einen Zielkorridor bekanntgegeben. Er liegt mit „laufenden“ Expansionsraten der Zentralbankgeldmenge von 5 und 8 vH unter dem für 1979 gewählten Korridor. Wiederum wird der Verlauf innerhalb der Bandbreite

von der Entwicklung von Konjunktur, Preisen und Wechselkursen abhängig gemacht. Aus gegenwärtiger Sicht bedeutet dies, daß die Bundesbank „angesichts der jüngsten Beschleunigung der Inflation den bisherigen Stabilitätskurs fortführen“ will und „in den kommenden Monaten ein monetäres Wachstum (anstrebt), das der zuletzt beobachteten Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge entspricht“⁴.

Zu einem völlig entgegengesetzten Urteil über die Geldpolitik der vergangenen Jahre gelangt man, wenn man sich nicht primär an der Zentralbankgeldmenge, sondern an der Geldmenge im engeren Sinne (M1 = Bargeld und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken) orientiert – wie dies etwa das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel tut: „Angesichts der Dauer und Schärfe der monetären Dezeleration – die laufende Rate von M1 verringerte sich von rund 13 vH im vierten Quartal 1978 auf nahezu Null im dritten Quartal 1979 – ist eine baldige Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität zu erwarten“⁵. Nach dieser Konzeption war die Geldpolitik schon vom Frühjahr 1979 an übertrieben restriktiv.

Eine mittlere Position nimmt die Mehrheit der an der Gemeinschaftsdiagnose vom Oktober 1979 beteiligten Forschungsinstitute ein. Einerseits wird zwar der bis zum Herbst verfolgte geldpolitische Kurs für stabilitäts- und wachstumspolitisch gerechtfertigt gehalten. Andererseits wird aber auch eine Warnung ausgesprochen⁶. In den letzten Monaten war die Zentralbankgeldmenge kaum noch gestiegen. „Würde diese Entwicklung anhalten, so wäre außer der notwendigen Eindämmung der Inflation auch mit einer zusätzlichen Dämpfung der realen Nachfrage zu rechnen“. Die Institute – in der Prognose mit dem Kieler Institut uneins, in der Therapie wieder einig – empfahlen deshalb, die Bundesbank sollte alsbald auf einen Pfad zusteuern, der dem Wachs-

¹ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1979, S. 5.

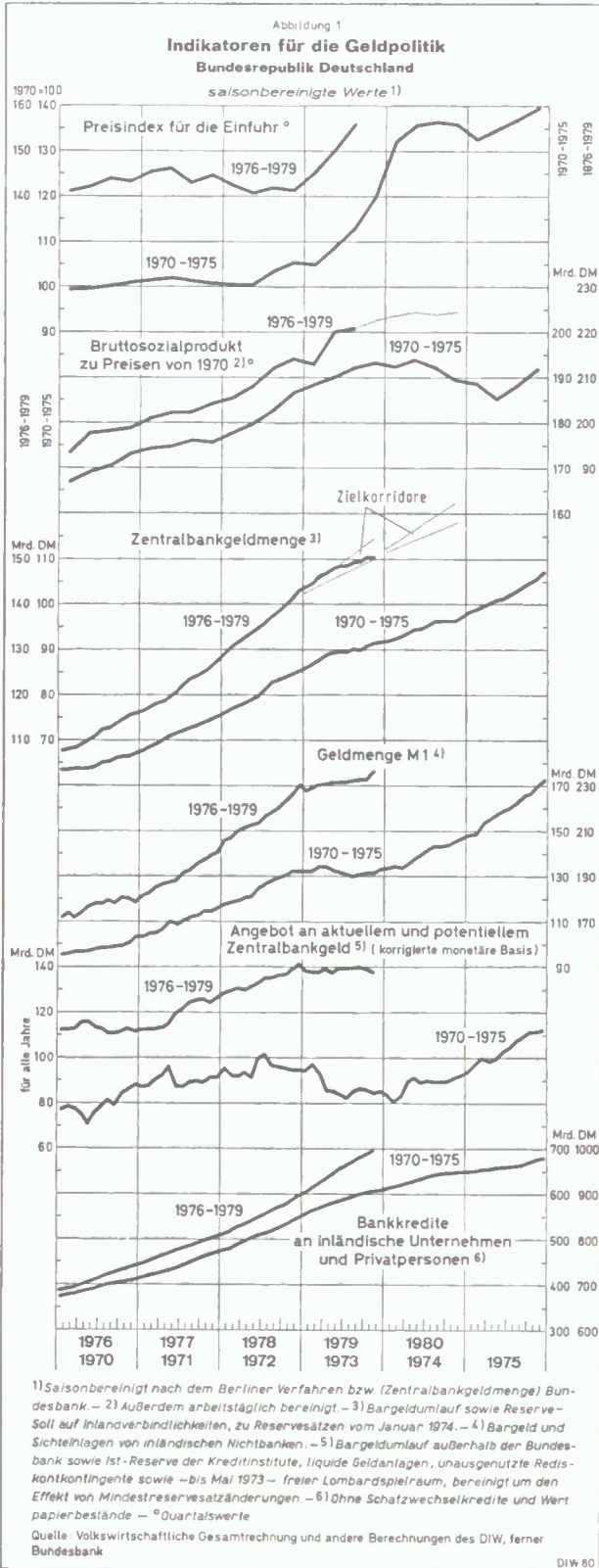
² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1978/79. Tz. 409.

³ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1978. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 43-44/78, S. 419.

⁴ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Dezember 1979, S. 8.

⁵ Zitat aus dem Minderheitsvotum des Kieler Instituts zur „Gemeinschaftsdiagnose“ der Wirtschaftsforschungsinstitute. Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1979. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 43-44/79, S. 450.

⁶ a.a.O., S. 449.



tum des Produktionspotentials und einer (kurzfristig) nicht mehr vermeidbaren Preissteigerung entspricht: „Die Zentralbankgeldmenge müßte danach im Jahre 1980 mit einer laufenden Jahresrate von 7 bis 8 %

expandieren.“ Diese Mahnung ist kürzlich unter anderem vom DIW bekräftigt worden⁷.

Die Vertreter aller Positionen sind sich darüber einig, daß die Bundesbank statt einer dezidiert antizyklischen Geldpolitik eine potentialorientierte Verstetigungsstrategie verfolgen sollte. Was sie trennt, sind Auffassungen darüber, wie diese Strategie hic et nunc beschaffen sein sollte. Dieser Streit beginnt bereits mit der Frage, mit welchen Indikatoren Richtung und Stärke der Geldpolitik beurteilt werden sollten und welche Bedeutung der Geldpolitik im gesamtwirtschaftlichen Prozeß zukommt.

Geldpolitik bis zum Frühherbst 1979 stabilitätspolitisch begründbar . . .

Für eine uneingeschränkte Kritik am geldpolitischen Kurs von 1979 scheint zu sprechen, daß dieser Kurs bisher dem theoretischen Muster eines - schließlich in einer konjunkturellen Abschwächung oder gar Rezession mündenden - geldpolitisch bedingten Kontraktionsprozesses entsprach. Ausgangspunkt eines solchen Prozesses ist eine starke Einschränkung des Angebots an Zentralbankgeld. Herbeigeführt wird sie zumeist durch Mindestreserveerhöhungen, Verkäufe von Offenmarktpapieren, Devisenverkäufe und die Bildung von öffentlichen Guthaben bei der Notenbank. Unterstützt wird sie oft durch eine Heraufsetzung der Leitzinsen der Notenbank. Im reinen geldtheoretischen Modell schlägt sich das Zentralbankgeldangebot im Bargeldumlauf bei Banken und Publikum sowie in den Überschuß- und Mindestreserven der Kreditinstitute nieder⁸.

Nun gibt es aber in der Bundesrepublik Deutschland neben diesem „aktuellen“ Zentralbankgeld auch „potentielles“ Zentralbankgeld in Form liquider Geldmarktanlagen und unausgenutzter Rediskontkontingente. Da die Banken diese freien Liquiditätsreserven jederzeit ohne nennenswerte Verluste in aktuelles Zentralbankgeld umwandeln können, brauchen sie nur sehr geringe Überschußreserven in Form von unverzinslichen Zentralbankguthaben zu halten. Aus diesen Gründen ist es zweckmäßig, die Summe von aktuellem und potentiell Zentralbankgeld (hier oft auch korrigierte monetäre Basis genannt) als einen approximativen Indikator für den geldpolitischen Kurs zu verwenden.

⁷ Vgl. Zur Wirtschaftslage: Bundesrepublik Deutschland: Vermehrte Anzeichen für konjunkturelle Abschwächung. Bearb. Horst Seidler. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 49/79.

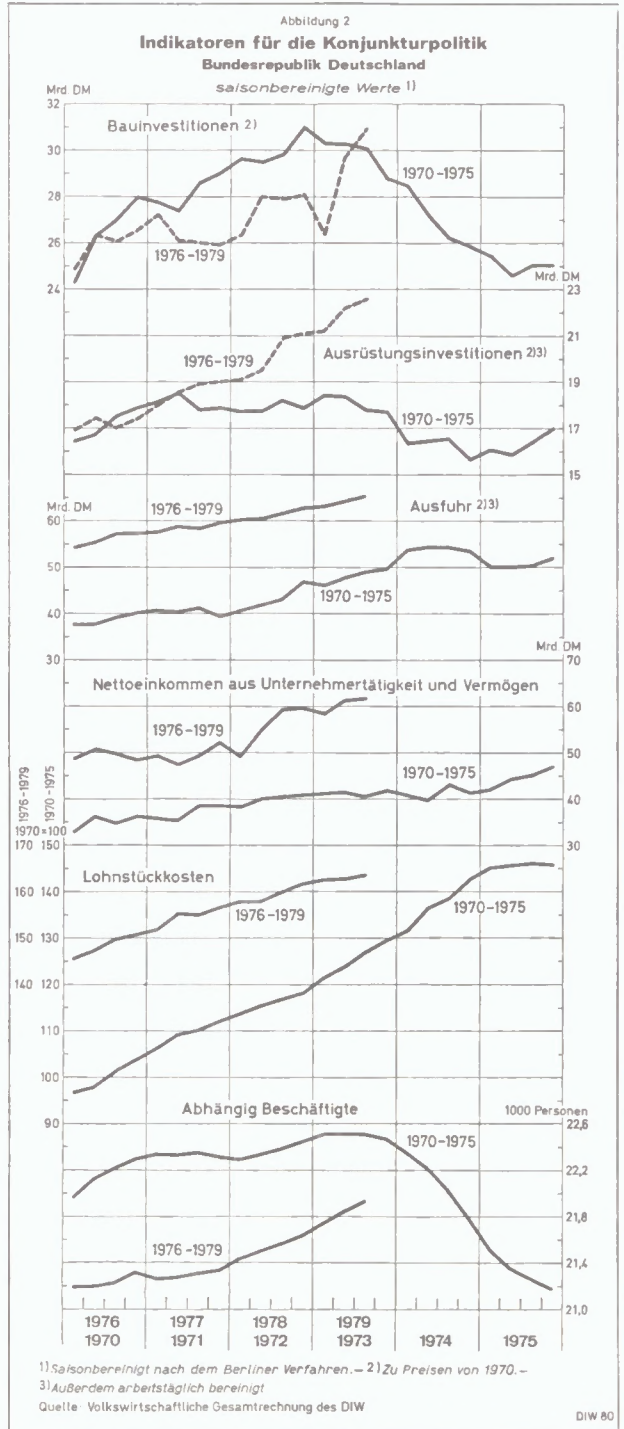
⁸ Da eine Zunahme (Abnahme) des Reserve-Solls aufgrund einer Erhöhung (Senkung) der Reserve-Sätze einen kontraktiven (expansiven) Vorgang darstellt, wird das Reserve-Soll um diese Vorgänge bereinigt.

Bei dieser so definierten Geldmengengröße führt ein Entzug von Zentralbankgeld durch die Notenbank, z. B. über Devisenverkäufe, im ersten Schritt zu einer stärkeren Beanspruchung der Rediskontkontingente und der sonstigen Liquiditätsreserven der Banken; die Bestände an Bargeld und Mindestreserven (aktuelles Zentralbankgeld) werden hiervon erst später, mit der Dämpfung der Geld- und Kreditexpansion, tangiert. Der Abbau der Bankenliquidität wirkt sich über zwei – natürlich nicht streng trennbare – Kanäle auf die Entwicklung von Ausgaben, Produktion, Beschäftigung und Preisen aus. Einmal werden die Banken veranlaßt, ihre Wertpapierkäufe einzuschränken und ihr Kreditangebot zu verknappen, indem sie schärfere Bonitätsanforderungen stellen und die Laufzeiten von Krediten verkürzen. Zum anderen steigt – unterstützt durch eine Erhöhung der Leitzinsen – das Zinsniveau. Zunächst ziehen die Zinssätze für Geldmarktkredite, Termingelder und Rentenwerte an; mit einer gewissen Verzögerung pflügen die Zinssätze für Bankkredite und Spareinlagen zu folgen. Erst nach mindestens drei Quartalen schlägt die Verschärfung des geldpolitischen Kurses auf die Ausgaben und die Produktion durch; bei der Preisentwicklung dauert es noch länger.

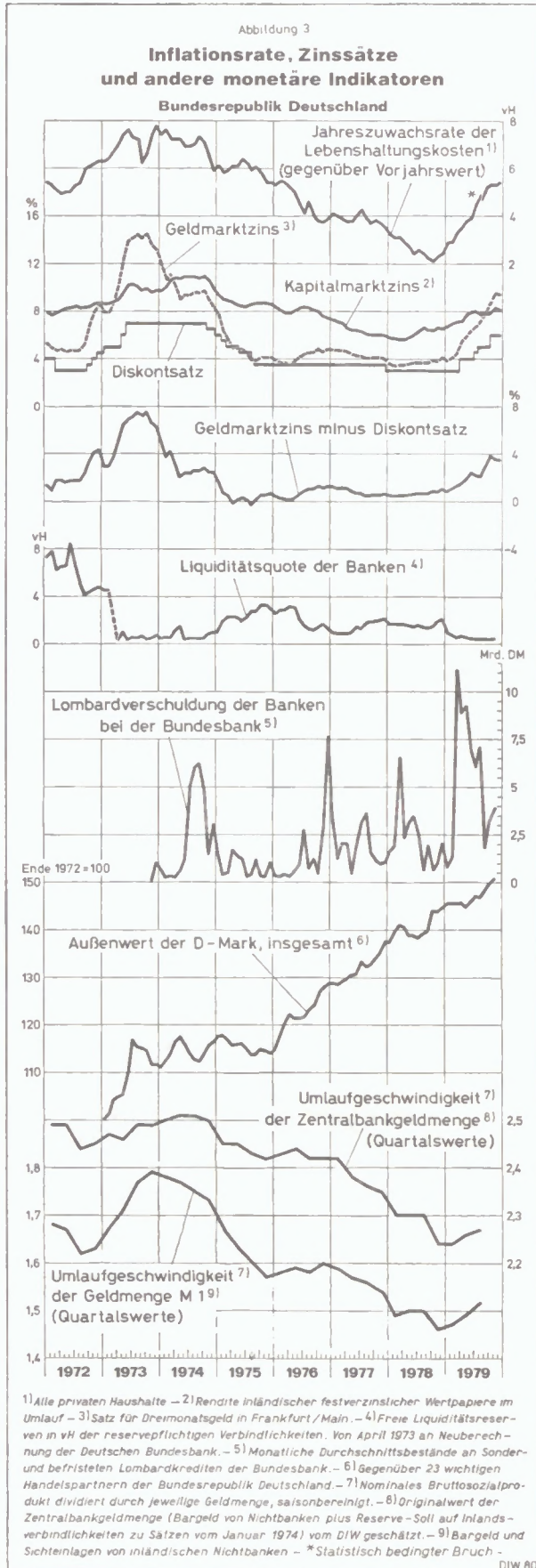
Die einzelnen Geld- und Kreditbestände reagieren auf die Zinserhöhung und die Kreditverknappung sehr verschieden. Am schnellsten wird das Geldvolumen M1 berührt, da die höheren Zinssätze für Termingelder bald zu einer Umschichtung von Sicht- auf Terminkonten anregen. Dagegen werden die Bankkredite relativ spät, d. h. erst mit der Dämpfung der Wohnungsbautätigkeit und der Konjunktur in den übrigen Wirtschaftsbereichen getroffen.

Das Bankkreditvolumen ist die wichtigste Quelle des Geldvolumens im weiten Sinne (M3 = M1 plus mittelfristige Termineinlagen und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist); weil aber eine anhaltende Zinserhöhung auch zu einer Verlagerung von mittelfristigen Einlagen zu langfristigem Geldkapital führt, kommt es schon vor einer Abschwächung der Kreditexpansion zu einer Verminderung des Wachstums von M3. Blicke die Struktur des Geldvolumens M3 konstant, so würde sich der Verlauf von M3 mit dem Verlauf der von der Bundesbank als Zielgröße verwendeten Zentralbankgeldmenge decken. Da jedoch, wie erwähnt, die Sichteinlagen mit ihren relativ hohen Reservesätzen schon frühzeitig sinken, spricht vieles dafür, daß die Zentralbankgeldmenge etwas früher als M3 auf die geldpolitische Restriktion reagiert.

Einige dieser Zusammenhänge werden in der Abbildung 1 illustriert. Dort sind die Zeitachsen für 1970 bis 1975 und für 1976 bis 1979 so skaliert, daß die Jahre 1973 und 1979 unmittelbar einander „konfrontiert“ sind. Diese beiden Jahre haben zumindest



zweierlei gemeinsam. Erstens handelt es sich um Perioden drastischer Verteuerungen der Rohstoffeinfuhr, namentlich des Erdöls (vgl. die beiden obersten Reihen der Abbildung 1). Zweitens wurde in beiden Jahren das Angebot an aktuellem und potentiell Zentralbankgeld reduziert und die Bankenliquidität (vgl. Abb. 3) auf nahezu Null gebracht; 1973 überwiegend durch Mindestreserveerhöhungen und Kürzungen der Rediskontkontingente, im ersten Halbjahr 1979 vor allem über Devisenabgaben der Bun-



desbank. Beide Male reagierte die Geldmenge M1 auf die geldpolitische Restriktion und die damit einhergehenden Zinssteigerungen ziemlich prompt. 1979 ließ ihre Expansion beträchtlich nach. 1973 ging das Geldvolumen M1 sogar nennenswert zurück - als Folge einer starken Einschränkung des Zentralbankgeldangebots und einer extremen Zinserhöhung; diese Entwicklung mündete 1974, also ein Jahr später, in eine ausgeprägte Rezession, nämlich eine kräftige Abnahme des realen Bruttosozialprodukts.

Wer sich bei Konjunkturprognosen primär von monetären Frühindikatoren, wie dem Zentralbankgeldangebot und der Geldmenge M1, leiten läßt, konnte schon im Verlauf von 1979 zu einer pessimistischen Einschätzung der Konjunktur des kommenden Jahres gelangen. Nach dieser Konzeption brauchte zwar kein so starker Konjunkturreinbruch wie in den Jahren 1974 und 1975 befürchtet zu werden, aber die kräftige Abschwächung in der Expansion von M1 ließ eine Stagnation, vielleicht sogar eine milde Rezession erwarten.

Tatsächlich kann aus einer solchen Analogie zu 1973 keine fundierte Prognose für 1980 abgeleitet werden. Man würde dabei die Rolle der Geldpolitik im Konjunkturprozeß überschätzen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß 1973 die gesamtwirtschaftliche Konstellation ungünstiger war als 1979. Damals war nicht nur die Geldpolitik, sondern auch die Finanzpolitik auf Restriktionskurs eingeschwenkt (vor allem Stabilitätzuschlag und elfprozentige Investitionsteuer). Diese Maßnahmen fielen in eine Periode, in der der Inflationsprozeß schon längst in vollem Gange war und einem beschleunigten Anstieg von Lohnsätzen und Lohnkosten den Boden bereitete. Außerdem hatte sich in den siebziger Jahren, bis weit in das Jahr 1973 hinein, die Wettbewerbsposition der westdeutschen Wirtschaft aufgrund anhaltend kräftiger Steigerungen des Außenwerts der D-Mark fühlbar verschlechtert. All dies trug dazu bei, daß einer kurzen Periode nur leichter Gewinnsteigerungen bald eine Periode der Gewinnkompression folgte. Binnen kurzem fand der damalige, erst in den Anfängen steckende Investitionsanstieg sein Ende (vgl. Abb. 2: Bauinvestitionen und Ausrüstungsinvestitionen).

Im Jahre 1979 war die Wirtschaft widerstandsfähiger als 1973. Der Investitionsaufschwung stand auf festeren Füßen. Die Inflation war bis Ende 1978 erheblich eingedämmt worden. Die Lohnpolitik war sehr maßvoll. Die Finanzpolitik war auf Kräftigung der Gesamtnachfrage, der Gewinne und der Investitionen gerichtet, und schon das Jahr 1978 wurde zum Jahr deutlich steigender Unternehmensgewinne. Der Außenwert der D-Mark ist zwar auch in den letzten Jahren tendenziell gestiegen, aber weniger

stark als zu Beginn der siebziger Jahre; im ersten Halbjahr 1979 ist der reale, unter Berücksichtigung von Inflationsdifferenzen gegenüber dem Ausland errechnete Außenwert der D-Mark sogar gesunken, so daß auch von dieser Seite her zunächst eher expansive Impulse auf die Volkswirtschaft ausgingen.

. . . danach nicht mehr auf Potentialpfad

Sieht man von einer gewissen Hektik der Geldpolitik in den ersten Monaten von 1979 ab, so fällt das Urteil über den in den ersten drei Quartalen verfolgten Restriktionskurs im ganzen positiv aus. Die monetäre Expansion, die sich 1978 sehr stark beschleunigt hatte, mußte auf den Potentialpfad zurückgeführt werden, damit die von der Binnenwirtschaft und von der Ölverteuerung ausgehenden inflationären Tendenzen in vertretbaren Grenzen gehalten werden konnten. Der seit dem Herbst verfolgte Kurs, vor allem aber die für die kommenden Monate angekündigte Fortsetzung dieses Kurses können aber nicht mehr mit den Grundsätzen einer potentialorientierten Verstetigungsstrategie verteidigt werden. Hier hilft auch nicht der Hinweis darauf, daß sich die Kreditexpansion (vgl. Abb. 1, unterste Reihen) bisher nur wenig abgeschwächt habe und immer noch beträchtlich sei. Denn hierbei handelt es sich um eine Größe (Spätindikator), die erst dann kleiner wird, wenn sich die Konjunktur bereits abkühlt.

Nachdenklicher sollte stimmen, daß nicht nur die Geldmenge M1, sondern auch andere monetäre Bestände, wie das Geldvolumen M3 und die Zielgröße „Zentralbankgeldmenge“, seit geraumer Zeit nur noch ein sehr schwaches Wachstum aufweisen. Im Durchschnitt der Monate Mai bis Dezember 1979 ist die Zentralbankgeldmenge lediglich mit einer Jahresrate von 3 1/2 vH gestiegen⁹. Diese Rate liegt erheblich unter jenen Raten, die von den Forschungsinstituten (7 bis 8 vH), dem Sachverständigenrat (6 vH) und von der Bundesbank (mit 6 1/2 vH als Mittelwert des Zielkorridors von 5 bis 8 vH) für 1980 als potentialgerecht angesehen worden sind. Diesen „laufenden“ Raten liegt im allgemeinen eine Wachstumsrate des Produktionspotentials von 3 vH und eine kurzfristig „unvermeidbare“ gesamtwirtschaftliche Preissteigerungsrate von 3 oder 4 vH zugrunde; die Bundesbank macht dabei noch einen Abschlag für eine mögliche Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge.

Schon im Oktober 1979 hatten die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Forschungsinstitute die

Forderung erhoben, die Bundesbank solle die Zentralbankgeldmenge alsbald wieder auf den Potentialpfad lenken. Angesichts der weiterhin schwachen monetären Expansion kann diese Forderung heute nur mit Nachdruck wiederholt werden. Hieran ändert sich grundsätzlich auch dadurch nichts, daß jetzt die OPEC-Staaten eine Erdölverteuerung beschlossen haben, die erheblich über das hinausgeht, was vor dem allgemein erwartet wurde und erwartet werden konnte.

Die Ölverteuerung wird auf Nachfrage und Produktion wie auch auf das Preisniveau ausstrahlen. Der Kaufkraftentzug wird das Wachstum im Jahre 1980 dämpfen (vielleicht um einen halben Prozentpunkt), und die Umstrukturierungsprozesse im Produktionsbereich werden temporär das Wachstumspotential etwas vermindern. Der „reine“ Preiseffekt der seit Herbst dekretierten Ölpreissteigerungen dürfte sich auf zumindest einen halben Prozentpunkt belaufen.

Unter Geldtheoretikern ist wenig umstritten, daß die monetäre (und finanzpolitische) Stabilitätspolitik mittelfristig angelegt sein sollte, da das volkswirtschaftliche Preisniveau auf geldpolitische (und finanzpolitische) Maßnahmen „zäher“ reagiert als die Produktion. Dies impliziert, daß man auf kurze Sicht bestimmte exogene oder aus dem bisherigen Prozeß heraus „programmierte“ Preissteigerungen hinnehmen muß, wenn man Produktion und Beschäftigung nicht über Gebühr beeinträchtigen will. Nach diesem allgemein akzeptierten Konzept wäre es unsinnig, dem Ölpreiseffekt durch eine Dämpfung des Anstiegs der übrigen Preise kurzfristig begegnen zu wollen; denn der Anstieg dieser „übrigen“ Preise ist ja bereits als „unvermeidlich“ angesehen worden. Sinnvoll kann nur der Versuch sein zu verhindern, daß die Ölverteuerung einen inflatorischen Prozeß auslöst, also auf die „hausgemachte“ Inflation übergreift. Daraus folgt: Selbst wenn man den gesamtwirtschaftlich unvermeidlichen Preiseffekt der Ölverteuerung mit dem vorübergehend zu erwartenden kontraktiven Effekt auf das potentielle Wachstum verrechnet, muß die für 1980 als potentialgerecht vorgegebene Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge etwas höher als vorher angesetzt werden; sie müßte im oberen Bereich des geldpolitischen Zielkorridors liegen.

⁹ Die durchschnittliche Zuwachsrate ist aufgrund einer logarithmischen Regression errechnet worden.

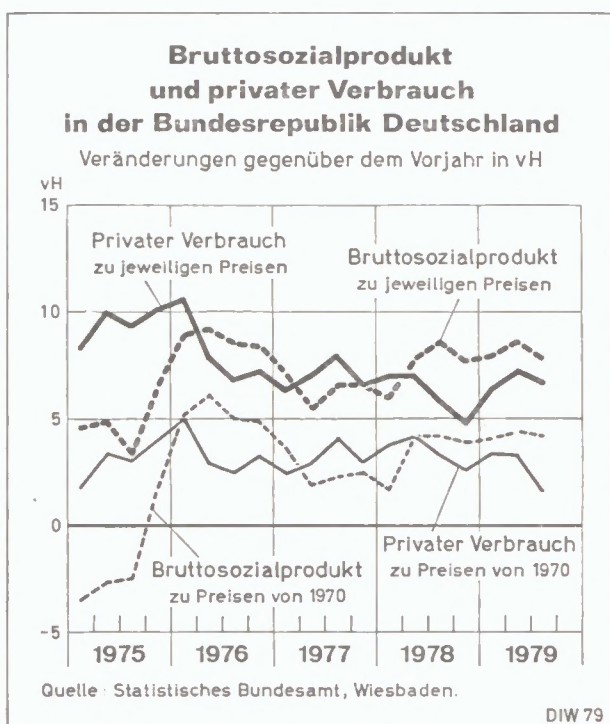
Verbrauchskonjunktur wird labiler

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1979

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs war im dritten Quartal dieses Jahres durch eine deutliche Abschwächung gekennzeichnet, nachdem sich die Ausgabenexpansion im ersten Halbjahr lebhaft beschleunigt hatte: Seit Jahresbeginn wirksame Steuersenkungen sowie die Anhebung von Renten und Kindergeld hatten die Verbrauchsneigung der privaten Haushalte im ersten Halbjahr gefördert; hinzu kam die erhöhte Beschäftigung. Der Ausgabenzuwachs betrug 6,4 vH im ersten und 7,2 vH im zweiten Quartal; die gegen Ende des Vorjahres beobachtete Schwächeneigung wurde also schnell überwunden. Das Verbrauchsvolumen expandierte in den beiden Quartalen mit 3,4 vH im gleichen Tempo, obwohl im zweiten Quartal infolge des verstärkten Preisauftriebs dafür zusätzlich 1,5 Mrd. DM aufgewendet werden mußten. In dieser Zeit kürzten die Haushalte ihre Sparquote; die verfügbaren Einkommen hatten im Vorjahresvergleich nur um 12 Mrd. DM (+ 6,0 vH im zweiten und + 9,3 vH im ersten Quartal) zugenommen, die Ausgaben aber um 12,75 Mrd. DM.

Haushaltsgeräten sowie mit Maschinen und Fahrzeugen hin. Gleichzeitig stiegen die Umsätze des Einzelhandels mit Brennstoffen (feste und flüssige) nominal um 58 vH. Waren die vermehrten Umsätze dieses Zweiges im ersten Quartal (+ 34 vH) überwiegend noch durch den ungewöhnlich kalten Winter bestimmt, stand im zweiten Quartal die Vorratsauffüllung im Vordergrund; sie wurde im Hinblick auf befürchtete Versorgungsschwierigkeiten und die bereits hohen Heizölpreise offenbar frühzeitiger als im Jahr zuvor vorgenommen.

Im dritten Quartal haben die durch die Energiekrise hervorgerufene Preisbewegung wie auch die steuerbedingten Preisanhebungen den Verlauf der Verbrauchsausgaben wesentlich beeinflusst. Zunächst war den Problemen der Energieversorgung keine entscheidende Bedeutung beigemessen worden, schließlich aber haben die fortgesetzten Preiserhöhungen in Verbindung mit Einsparungsempfehlungen – Heizöl war bereits im Durchschnitt des dritten Quartals mehr als doppelt so teuer wie im Vorjahr, Benzin kostete fast 15 vH mehr – bei den Haushalten offenbar Unsicherheit in der Einschätzung der



Im zweiten Quartal dürfte die für Juli angekündigte Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes dazu angeregt haben, Käufe vorzuziehen. Darauf deuten relativ hohe Umsatzzuwachsraten, besonders in Zweigen des Einzelhandels mit Wohnbedarf und

Daten zur Entwicklung des privaten Verbrauchs

	Ausgaben zu jeweil. Preisen		Entwicklung der Preise Ausgaben		
	Mrd. DM	Preisen v. 1970	nominal	real	
gegenüber Vorjahr in vH					
1977					
insges.	667,2	454,7	3,8	7,0	3,1
1. Hj.	318,0	218,6	3,9	6,7	2,7
2. Hj.	349,2	236,1	3,7	7,3	3,5
1. Vj.	153,2	106,0	3,8	6,3	2,4
2. Vj.	164,8	112,6	4,0	7,0	2,9
3. Vj.	166,8	112,9	3,8	8,0	4,1
4. Vj.	182,4	123,2	3,6	6,6	3,0
1978					
insges.	707,9	470,4	2,6	6,1	3,5
1. Hj.	340,1	227,4	2,9	7,0	4,0
2. Hj.	367,7	243,0	2,3	5,3	2,9
1. Vj.	163,9	110,1	3,1	7,0	3,8
2. Vj.	176,3	117,3	2,7	7,0	4,2
3. Vj.	176,5	116,6	2,4	5,8	3,3
4. Vj.	191,2	126,3	2,2	4,8	2,6
1979					
1. Hj.	363,5	235,0	3,4	6,8	3,3
1. Vj.	174,5	113,8	3,0	6,4	3,4
2. Vj.	189,0	121,3	3,8	7,2	3,4
3. Vj.	188,2	118,5	5,0	6,6	1,6

Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland nach Verwendungszwecken

	Privater Verbrauch insgesamt	Käufe der privaten Haushalte im Inland							Sonstiges 3)
		Nahrungs- und Genußmittel 1)	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten u. ä. 2)	Elektrizit. Gas, Brennstoffe u.ä.	übrige Waren und Dienstleistungen			
						gesamt	Haushaltsführung	darunter für Verkehrszw. Nachr. Oberm.	
Milliarden DM									
<u>1978</u>									
insges.	707,91	187,46	66,90	85,99	31,21	314,07	80,72	107,71	22,28
1. Hj.	340,22	90,40	29,90	42,53	17,33	151,52	37,18	54,44	8,54
2. Hj.	367,69	97,06	37,00	43,46	13,88	162,55	43,54	53,27	13,74
1. Vj.	163,93	43,33	14,38	21,17	9,58	71,67	17,50	24,92	3,80
2. Vj.	176,29	47,07	15,52	21,36	7,75	79,85	19,68	20,52	4,74
3. Vj.	176,54	46,90	15,51	21,54	5,89	77,83	19,37	26,67	8,87
4. Vj.	191,15	50,16	21,49	21,92	7,99	84,72	24,17	26,60	4,87
<u>1979</u>									
1. Hj.	363,48	93,67	30,90	44,66	20,84	163,05	39,78	59,27	10,36
1. Vj.	174,46	45,15	14,59	22,21	11,21	76,95	18,27	27,42	4,35
2. Vj.	189,02	48,52	16,31	22,45	9,63	86,10	21,51	31,85	6,01
3. Vj.	188,23	48,89	15,50	22,77	8,62	81,88	19,75	27,73	10,57
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH									
<u>1979</u>									
1. Hj.	6,8	3,6	3,3	5,0	20,3	7,6	7,0	8,9	21,3
1. Vj.	6,4	4,2	1,5	4,9	17,0	7,4	4,4	10,0	14,5
2. Vj.	7,2	3,1	5,1	5,1	24,3	7,8	9,3	7,9	26,8
3. Vj.	6,6	4,2	0,0	5,7	46,3	5,2	2,0	4,0	19,2
1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.- 2) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.- 3) Käufe der Inländer in der übrigen Welt abzüglich Käufe von Gebietsfremden im Inland und Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.									

Entwicklung ihrer Realeinkommen und der weiteren wirtschaftlichen Situation erzeugt.

Seit Jahresmitte ist die Verbrauchernachfrage zurückgegangen. Im Einzelhandel, dem wichtigsten Warenlieferanten der privaten Haushalte, stiegen die Umsätze im Vorjahresvergleich nominal nur um 4,2 vH (nach + 6,3 vH und + 7,8 vH in den beiden vorangegangenen Quartalen), real ergibt dies ein um rund 1 vH geringeres Umsatzvolumen (nach + 3,4 vH und + 4,0 vH in den beiden ersten Quartalen). Auch die Ausgaben für Reisen im Ausland, die in den früheren Jahren in der Regel den Zuwachs des zweiten Quartals im dritten noch übertrafen, nahmen merklich weniger als sonst üblich zu. Lediglich die Entwicklung der Ausgaben für Dienstleistungen, die ihrem Wesen nach im allgemeinen geringeren Schwankungen ausgesetzt sind, setzte sich in kaum verringertem Tempo fort. Der gesamte private Verbrauch wird auf 188 Mrd. DM veranschlagt¹, das bedeutet einen Ausgabenzuwachs von 6,6 vH gegenüber dem Vorjahr; nach Berücksichtigung der durch Energieverteuerung und Mehrwert-

steuererhöhung stärker als zuvor gestiegenen Verbraucherpreise nahm das Volumen nur noch um 1,6 vH zu. Im ganzen blieb die Ausgabenentwicklung hinter der verfügbaren Einkommen zurück; die Sparquote nahm demnach wieder zu.

Nach *Verwendungszwecken* betrachtet tritt die alles überragende Ausgabensteigerung für den Energiebedarf der Haushalte hervor. Der gegenüber dem Vorjahresstand im dritten Quartal um 46 vH erhöhte Betrag umfaßt Ausgaben für elektrischen Strom, Gas und feste sowie flüssige Brennstoffe. Den entscheidenden Einfluß auf diese Entwicklung übt das Heizöl aus, das mit seinem mehr als verdoppelten Preis die Kaufkraft der Haushalte weit

¹ Für die Berechnung stehen im gegenwärtigen Zeitpunkt nur wenige aktuelle Statistiken zur Verfügung; für wichtige Aggregate, z. B. das Handwerk, den Verkehr und einige Dienstleistungen fehlen Daten, und die vorhandenen Daten, z. B. über den Einzelhandel und das Gastgewerbe, unterliegen noch häufigen Korrekturen. Die hier vorgelegten Schätzungen geben daher nur erste Größenvorstellungen wieder.

überdurchschnittlich belastet und die Nachfrage nach den anderen Energieträgern – soweit Substitutionsmöglichkeiten bestehen – fördert. Deren Preissteigerungen liegen zunächst noch im Rahmen der allgemeinen Preisentwicklung, mit stärkeren Zunahmen ist hier jedoch zu rechnen.

Die Ausgaben privater Haushalte für Brennstoffe bzw. Heizung sind nicht gleichmäßig über das Jahr verteilt, sondern haben eine ausgeprägte Saison. Da es hierüber kaum Angaben gibt, wird die Zurechnung der Ausgaben auf die einzelnen Quartale des Jahres erschwert. Dies ist in Krisenzeiten wie der diesjährigen von besonderer Bedeutung. Den Schätzungen liegt für die kurzfristige Berichterstattung die Entwicklung der Umsätze des Brennstoff-einzelhandels zugrunde. Allerdings wird ein beträchtlicher Teil der Brennstoffe – insbesondere des Heizöls – vom Großhandel bzw. der Industrie bezogen. Diese Lieferungen können zunächst nur ansatzweise berücksichtigt werden.

Entwicklung der Preise für den Energieverbrauch privater Haushalte

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeit	Elektrizität	Gas	Kohle	Heizöl
1977	0,8	2,5	2,3	-0,2
I	1,4	2,5	2,4	0,5
II	0,3	2,5	2,2	0,2
III	0,3	2,2	2,4	-1,6
IV	0,8	2,7	2,1	0,2
1978	4,3	3,6	5,6	-2,1
I	3,2	3,9	3,9	-4,3
II	4,7	3,7	5,2	-4,1
III	4,9	3,7	5,0	-3,2
IV	4,7	3,3	6,4	+3,2
1979				
I	4,1	0,9	4,9	41,8
II	2,5	0,4	5,0	77,8
III	3,1	1,4	7,3	103,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Setzt man den hier für den Energiebedarf der Haushalte geschätzten Ausgabenbetrag zum gesamten privaten Verbrauch in Beziehung, ergibt sich, daß von den gesamten Mehrausgaben (11,7 Mrd. DM) knapp ein Viertel auf diesen Bedarfsbereich entfiel. Vorbehaltlich aller aus den erwähnten Berechnungs-

schwierigkeiten zu beachtenden Unsicherheiten ist dabei den erhöhten Heizölpreisen des dritten Quartals ein Betrag in der Größenordnung von 2 Mrd. DM zuzurechnen, also etwa 1 vH der Verbrauchsausgaben.

Bemerkenswert ist die Entwicklung im Bedarfsbereich Nahrungs- und Genußmittel, der ein Viertel des gesamten Verbrauchsbudgets ausmacht, und sich im Rahmen der Preisentwicklung für die Lebenshaltung durch die geringsten Preissteigerungen auszeichnet (+ 1,5 vH im dritten Quartal). Hier wurden die Ausgaben mit 4,2 vH um fast 2 Mrd. DM erhöht. Real steht dahinter die gleiche Verbrauchsausdehnung wie im Durchschnitt des ersten Halbjahres, allerdings übertrifft die Rate von 2,7 vH diesmal den gesamten realen Verbrauchszuwachs.

Ein fühlbar von der Energiekrise betroffener Verbrauchsbereich ist der des Verkehrs. Hier ist im dritten Quartal die nominale Wachstumsrate für den privaten und öffentlichen Verkehr einschließlich des Nachrichtenwesens auf 4 vH zu schätzen. Das Verbrauchsvolumen war damit kleiner als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Besonders stark abgeschwächt hat sich die Automobilkonjunktur. Der Kfz-Einzelhandel verbuchte erstmalig seit 1974 wieder einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahresstand (- 8,7 vH), die Zahl der Zulassungen fabrikneuer PKW für Arbeitnehmer und Nichterwerbstätige war um 11 vH geringer als vor einem Jahr. Beim Verbrauch von Kraftstoff zeigten sich Einsparungstendenzen, der Menge nach wurde weniger verbraucht, aber die besonders im dritten Quartal wirksamen kräftigen Preissteigerungen erforderten doch beträchtliche Mehrausgaben.

Besonders schwach entwickelte sich die Nachfrage der Haushalte bei Bekleidung und Schuhen; im dritten Quartal dürfte für diesen Bereich nicht mehr als im Jahr zuvor ausgegeben worden sein. Bei Preissteigerungen von knapp 5 vH ist demnach der reale Verbrauch erheblich geringer gewesen. Sowohl sehr lebhaft ausgefallene Ausgabensteigerungen in der Vergleichszeit des Vorjahres (Basiseffekt) als auch kurzfristige Mode- und Witterungseinflüsse haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Schon im vierten Quartal kann sich wieder eine günstigere Konstellation ergeben; die ersten Informationen über die Entwicklung im Oktober deuten in diese Richtung.

Auffallend gering war die Ausgabensteigerung auch im Bereich der Haushaltsführung. Mit 2 vH im Vergleich zum Vorjahr erreichte sie etwa ein Fünftel der Zuwachsrate des zweiten Quartals; real entspricht dies einem Nachfragerückgang gegenüber dem Vorjahresstand von 2 vH. Es liegt nahe, hier zu unterstellen, daß die Haushalte einen großen Teil ihrer Käufe wegen der Mehrwertsteuererhöhung auf das zweite Quartal verlagert hatten, zumal es

**Entwicklung der Preise für die Kfz-Haltung
privater Haushalte**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeit	PKW und Motor- räder	Kraft- stoffe	Sonst. Wä- ren und Dienstl.f. eigene Kfz	Kfz.-Haft- pfl.-Ver- sicherung und -steuer
1977	3,5	-2,7	4,1	7,3
1978	3,7	2,7	4,6	0,8
I	3,8	1,5	4,5	3,4
II	2,9	2,4	4,8	0,0
III	3,9	3,3	4,7	0,0
IV	4,2	3,6	4,6	0,0
1979				
I	3,9	3,3	4,1	6,1
II	3,8	6,1	4,0	6,2
III	3,9	14,4	6,5	6,2

Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.

sich vor allem um hochwertige Waren – wie Möbel und Haushaltsgroßgeräte – handelt.

Im vierten Quartal ist die Entwicklung von einem labilen Verbraucherverhalten geprägt. Haushaltsbefragungen² ließen eine erhebliche Unsicherheit wegen der Preisentwicklung erkennen. Nicht vorherzusehen ist, ob die Verteuerungen von Brennstoffen zu Lasten der Ausgaben in anderen Verwendungsbereichen oder der Sparquote gehen werden. Zunächst deuten Informationen über die Oktober- und Novemberumsätze im Einzelhandel – nach dem sehr schlechten Septemberergebnis – auf eine Belebung der Verbrauchernachfrage insbesondere bei dauerhaften Konsumgütern hin (ohne Kfz). Frühzeitige Weihnachtseinkäufe mögen der Grund hierfür gewesen sein. Für den Dezember werden nach Berichten aus dem Fachhandel die ersten Umsatzergebnisse noch als befriedigend bewertet. Bei alledem dürfte im vierten Quartal der Anschluß an die kräftigen realen Verbrauchszuwächse im ersten Halbjahr 1979 nicht gefunden worden sein.

² Das Konsumklima in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1979. Eine Befragung von Haushaltsvorständen durch die Forschungsstelle für empirische Sozialökonomie, Köln, und die GfK. Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung, Nürnberg.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990** – Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen. Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,–.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990**. Von Hans-Joachim Frank. 155 S. 1976. DM 76,–.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990**. Von Peter Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,–.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990**. Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1977. DM 84,–.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Anthrazit in der Welt bis 1985**. Von Manfred Rumberger und Eberhard Wettig. 107 S. 1976. DM 64,–.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975** – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von Reiner Stäglin unter Mitarbeit von Rainer Pischner, Brigitta Weiser und Hans Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung**. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung** – Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft**. Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,–.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974**. Von Gerhard Gösseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder – Eine vergleichende Darstellung**. Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,–.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im Innerdeutschen Handel**. Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.
- Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland**. Darstellung – Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,–.
- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf**. Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneb. 100 S. 1979. DM 48,–.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974**. Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 **Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern**. Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern**. Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

DIW-Symposium: *Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung* bearbeitet von Manfred Teschner. —

Fortsetzung oder Lockerung der Restriktionspolitik der Bundesbank? bearbeitet von Reinhard Pohl. —

Verbrauchskonjunktur wird labiler bearbeitet von Charlotte Otto-Arnold.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,–, vierteljährlich DM 25,–, Einzelnummer DM 3,–.